



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Bürgergeldreform

Aktuell seit 19.12.2025 19:15:42

Angegeben von:

Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V., Bundesverband (R002795) am 19.12.2025

Beschreibung:

Die geplanten Verschärfungen bergen die Gefahr, dass die besondere Lebenssituation von Alleinerziehenden aus dem Blick gerät. Ihre typische Mehrbelastung im Alltag ist häufig mit eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten verbunden. Sanktionen zu verschärfen, gefährdet die ganze Familie und löst keine strukturellen Barrieren. Auch eine Erwerbsaufnahme ab dem 1. Geburtstag eines Kindes gesetzlich als zumutbar festzulegen, wird vor allem den Druck auf Alleinerziehende erhöhen, statt zu mehr Beschäftigung führen. Der VAMV unterstützt, die temporäre Bedarfsgemeinschaft abzuschaffen und einen pauschalierten Mehrbedarf einzuführen, damit ein umgangsberechtigter Elternteil ein Kind versorgen kann, während der hauptbetreuende Elternteil den vollen Regelbedarf fürs Kind zur Verfügung hat.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Gesetz zur Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.11.2025

Federführendes Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (5)

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]

Familienpolitik [alle RV hierzu]

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Grundsicherung [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherheit" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

SGB 2 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2512190214 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMBFSF) [alle SG dorthin]